

Antrag 1/I/2026**Abt. 8 - Friedenau****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Ehrenamt ist die Stütze unserer Gesellschaft – Strukturierte Anerkennung für alle Freiwilligen!****1 Forderung:**

2

3 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, die Rahmenbedingungen für
4 **alle Formen des bürgerschaftlichen Engagements** massiv zu verbessern. Ehrenamtliche
5 Tätigkeit – ob im Katastrophenschutz, im sozialen Bereich, im Sport, in der Kultur oder in
6 der politischen Bildungs- und Demokratietarbeit – ist eine unverzichtbare Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

12

13 Wir fordern insbesondere:

14

15 **1. Rentenrechtliche Anerkennung von Engagement:** Die Einführung von
16 zusätzlichen Entgeltpunkten in der gesetzlichen Rentenversicherung für
17 langjähriges, nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement. Analog zu
18 Kindererziehungs- oder Pflegezeiten soll der Staat die entsprechenden
19 Beiträge zur Rentenversicherung für die Engagierten übernehmen, um eine
20 höhere Rentenanwartschaft im Alter sicherzustellen.

21 **2. Dynamisierung der Steuerfreibeträge und Schutz von Sozialleistungen sowie Renten:** Die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen müssen regelmäßig und automatisch an die Inflationsrate angepasst werden. Gleichzeitig fordern wir, dass bei jeder Anhebung dieser Freibeträge zwingend eine wirkungsgleiche Anpassung der Anrechnungsregeln im SGB II (Bürgergeld), SGB XII (Grundsicherung im Alter) sowie im SGB VI (Erwerbsminderungsrente) erfolgt. Es muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement für Empfänger:innen dieser Leistungen

42 nicht zu einer Kürzung ihrer Bezüge
43 führt.

44 3. **Bildungszeit und Freistellung:** Der
45 Rechtsanspruch auf Bildungszeit für
46 ehrenamtliche Fortbildungen muss
47 gestärkt und auf alle Bundesländer
48 ausgeweitet werden. Für gesellschaft-
49 lich besonders relevante Einsätze sind
50 Entschädigungsmodelle für Arbeitge-
51 ber zu schaffen, um Freistellungen zu
52 erleichtern.

53 4. **Infrastruktur für das Ehrenamt:** Die
54 Förderung von „Ehrenamtskarten“ mit
55 echten Mehrwerten (z. B. bundesweit
56 vergünstigter ÖPNV, Zugang zu Kultur-
57 und Bildungseinrichtungen) muss ver-
58 stetigt und ausgebaut werden.

59

60 **Begründung**

61 Der schwere **Stromausfall in Süd-Berlin An-**
62 **fang 2026** hat eindrucksvoll bewiesen: Wenn
63 die staatliche Grundversorgung ins Wanken
64 gerät, ist es das Ehrenamt, das die Sicherheit
65 und den Zusammenhalt garantiert. Hunder-
66 te Freiwillige leisteten über Tage hinweg Un-
67 verzichtbares für die Bürgerinnen und Bürger.
68 Dieses Ereignis nehmen wir zum Anlass, die
69 generelle Debatte über die Wertschätzung
70 des Ehrenamts auf die Tagesordnung zu set-
71 zen.

72

73 Das Prinzip ist universell: Wer im THW Ag-
74 gregate schleppt, wer im Sportverein die Ju-
75 gend trainiert, wer sich in der Obdachlosen-
76 hilfe engagiert oder aktiv unsere Demokratie
77 gegen Extremismus verteidigt, erbringt eine
78 Leistung, von der wir alle profitieren.

79

80 **Rentenrechtliche Anerkennung als Bonus:**
81 Ehrenamtliche Arbeit ist wertschöpfend für
82 die gesamte Gesellschaft. Daher ist es nur
83 folgerichtig, dieses Engagement im Renten-
84 system abzubilden. Dabei darf es keine Rolle
85 spielen, ob die Person vollzeitbeschäftigt, ar-
86 beitssuchend oder in Rente ist. Wer sich über
87 Jahre hinweg für das Gemeinwohl einsetzt,
88 erbringt eine Leistung, die zusätzlich zur Er-
89 werbsarbeit honoriert werden muss. Die Gut-
90 schrift von Entgeltpunkten ist hier das ge-

91 rechteste Mittel, um die „gesellschaftliche Di-
92 vidende“ direkt an die Engagierten zurückzu-
93 geben.

94

95 **Teilhabe für alle (SGB II, VI, XII):** Ehrenamt
96 darf kein Luxus sein. Besonders für Bezie-
97 her:innen von Bürgergeld, Grundsicherung
98 im Alter oder Erwerbsminderungsrenten ist
99 die ehrenamtliche Tätigkeit oft ein wichti-
100 ger Anker für gesellschaftliche Teilhabe. Dass
101 Aufwandsentschädigungen hier oft kompli-
102 ziert verrechnet werden, ist ein politisches
103 Versäumnis, das wir beheben müssen. Aner-
104 kennung muss bei den Menschen ankommen
105 – eins zu eins.

106

107 Die Ereignisse in Berlin waren ein Weckruf. Als
108 SPD ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen,
109 dass diejenigen, die den „Laden zusammen-
110 halten“, auch im Alter und bei Krankheit sozi-
111 al abgesichert sind.